



**Österreichischer Berufsverband
der Kindergarten- und HortpädagogInnen
in elementaren bis zu sekundären Bildungseinrichtungen**

Tu felix Austria divide!

„Teile und Herrsche“ scheint in der österreichischen Politik die taktische Devise zu sein.

EINE STELLUNGNAHME ZU DEN STREIKS IN DEUTSCHEN KINDERGÄRTEN

für

Berufsgruppe von Kindergarten- und HortpädagogInnen Wiens

„Unbefristet“ treten in Deutschland kommunale Kitas in den Streik. [Ver.di](#), die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ([GEW](#)) und der dbb Beamtenbund fordern eine finanzielle Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe.

In fast allen Bundesländern haben sich rund 20.000 Erzieherinnen und Erzieher an den Ausständen beteiligt. Bayern, Brandenburg und mehrere Großstädten Nordrhein-Westfalens schließen sich nun auch an.

In Deutschland...

liegt, laut ver.di, die Spanne der Einstiegsgehälter zwischen knapp über 1.800 Euro und 3.100 Euro brutto im Monat. 60 Prozent der Erzieherinnen arbeiten allerdings – oft ungewollt – Teilzeit. Ihr reales Einkommen liegt also deutlich darunter. Im Schnitt verdienen Erzieherinnen laut Lohnspiegel der Hans-Böckler-Stiftung monatlich 2.519 Euro in Westdeutschland und 2.239 Euro in Ostdeutschland.

In den öffentlichen Einrichtungen regelt der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) die Gehälter nach Tätigkeit und Berufsjahren. Standardgruppe für Erzieher ist S 6 mit einem Einstiegsgehalt von 2.590 Euro brutto. Führungskräfte, die eine Kita mit 40 Plätzen leiten, erhalten die Einkommensgruppe S 10 und damit meist 2.857 Euro in S 10. Die höchste Stufe in dieser Gruppe beträgt 3.973,50 Euro.

Ver.di möchte alle Erzieher in diesen Tarif eingruppiieren.

Zudem erhalten Erzieher seit 2007 auch eine Jahressonderzahlung (Weihnachtsgeld), das abhängig von der Höhe der Entgeltgruppe ist. In den Gruppen S 2 bis S 8 gibt es 90 Prozent des Bruttomonatslohns extra, in den Gruppen darüber immerhin 80 Prozent. In den ostdeutschen Bundesländern wird jeweils 75 Prozent gezahlt. (Quelle: <http://www.zeit.de/karriere/beruf/2015-04/beruf-erzieher-gehalt-arbeitszeit-arbeitsbedingungen>)

Die deutsche Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) äußerte Verständnis für den Kita-Streik. «Wir brauchen eine Debatte in Deutschland, wie viel uns die Arbeit mit Menschen und die frühe Bildung unserer Kinder wert ist», sagte sie dem Magazin «Focus».

... und in Österreich?

„In Österreich gibt es 4.999 öffentliche Kinderbetreuungseinrichtungen. Davon stehen 4.934 in Trägerschaft der Gemeinden, 32 erhält der Bund, 33 die Bundesländer. Diese kommunalen Betreuungseinrichtungen teilen sich in 606 Kinderkrippen, 3.375 Kindergärten, 620 Horteinrichtungen und 333 altersgemischte Betreuungseinrichtungen auf. Dazu kommen noch 3.336 privat geführte Einrichtungen, die von Vereinen, Glaubensgemeinschaften oder Privatpersonen betrieben werden.

Die Betreuungsquote bei 0 bis 2-jährigen Kindern lag 2013 im österreichischen Durchschnitt bei 23 Prozent, bei 3 bis 5-jährigen Kindern bei 90,9 Prozent. Rund 333.000 Kinder besuchen eine Betreuungseinrichtung, davon rund 211.000 einen Kindergarten, ca. 28.000 eine Kinderkrippe, 55.000 eine Hortgruppe und 39.000 Kinder eine altersgemischte Einrichtung. Insgesamt bestehen 17.899 Gruppen

Der Personalstand liegt bei 53.000 Personen, wenn man private und öffentliche Einrichtungen zusammenzählt. 176.000 Kinder werden von den Gemeinden in Kindergärten oder Krippen betreut (ohne Wien).“ (Quelle: [Österreichischer Gemeindebund](#))

„Teile und Herrsche“ scheint hierzulande die taktische Devise zu sein.

Derzeit ist die österreichische Versorgungssituation mit Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder bis zum sechsten Lebensjahr regional höchst unterschiedlich: gemäß Art. 14 Abs. 4 lit. b Bundesverfassungsgesetz ist das [Kindergarten- und Hortwesen](#) Landessache in Gesetzgebung und Vollziehung.

Das hat zur Folge, dass elementare Bildungseinrichtungen in den einzelnen Bundesländern höchst unterschiedlich in ihrem Angebot und ihrer Qualität sind. Eltern und AlleinerzieherInnen sind in den verschiedenen Bundesländern mit unterschiedlichen Personalschlüsseln, höchst differierenden Öffnungszeiten und mit gravierenden Auffassungsunterschieden zu Bildung und Betreuung konfrontiert. Die MitarbeiterInnen in den einzelnen Gemeinden und Ländern wiederum finden verschiedene Arbeitsbedingungen und unterschiedliche Bezahlungen vor.

Aufgrund der Organisation österreichischer Gewerkschaften – vom Arbeitgeber hergeleitet – besteht keine einheitliche gewerkschaftliche Vertretung. Der österreichweite Berufsverband ÖDKH hat keinen gesetzlich verankerten Vertretungsstatus und kann lediglich aufgrund des ehrenamtlichen Engagements und der aktiven Vernetzung mit anderen Bildungskämpfenden nachhaltig in der Öffentlichkeit auftreten.

Das alles hat zur Folge, dass die MitarbeiterInnen es kaum „wagen“, ähnlich wie in Deutschland zu handeln und mit gewerkschaftlicher Sicherstellung zu streiken.

Die unterschiedliche Gesetzgebung der Bundesländer im Elementarbildungsbereich erschwert zudem die Umsetzung innovativer Projekte und die Verbesserung pädagogischer und struktureller Qualität.

- Ø **4 Ministerien** fühlen sich für die Bildung und Betreuung der Kleinkinder und der dafür verantwortlichen Menschen (teilweise) zuständig
 - o Das Familienministerium mit Ministerin Karmasin (ÖVP)
 - o Das Bildungsministerium mit Ministerin Heinisch-Hosek (SPÖ)
 - o Das Wissenschaftsministerium mit Minister Mitterlehner (ÖVP)
 - o Das Integrationsministerium mit Minister Kurz (ÖVP)

Ø **9 Länder** haben das wirkliche Sagen

Die neun Bundesländer haben auch 9 verschiedene Gesetze mit unzählig voneinander abweichenden Regelungen (angefangen von den Institutionenbezeichnungen bis zu

Gruppen- und Raumgrößen...). Sie unterhalten jeweils eigene Verwaltungseinheiten und Bildungseinrichtungen, die einem Landesrat/einer Landesrätin zugeordnet ist, der/die entweder für Bildung oder für Soziales zuständig ist.

Oft sind etwa die Kompetenzen für Kindergärten einerseits und Tageseltern, Krippen, Horte andererseits unter getrennter Führung.

Ø **2.100 Gemeinden** prägen die Kindergärten und andere Bildungseinrichtungen der 0-6-jährigen. In rund 5.000 institutionellen Kindertagesstätten entscheidet das Gemeindeoberhaupt über die Qualität der Einrichtung.

Ø **4 Gewerkschaften** sind für das Personal zuständig

- o Gewerkschaft Öffentlicher Dienst
- o Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier
- o Gewerkschaft der Gemeindebediensteten - Kunst, Medien, Sport, freie Berufe
- o Gewerkschaft vida

Eine einheitliche „Lobby“ für die in den Kinderbildungs- und –betreuungseinrichtungen tätigen MitarbeiterInnen gibt es nicht. Jede Gewerkschaft verhandelt für jeweils ihre Klientel.

Was sind uns Bildung, Betreuung und Förderung unserer Kinder wert?

Die KindergartenpädagogInnen und MitarbeiterInnen in den Elementaren Bildungseinrichtungen kümmern sich mit großem Einsatz um diejenigen, die künftig das Land prägen werden: die Kinder.

Im Sozialprestige-Ranking sind sie trotzdem ziemlich tief angesiedelt – und die Bezahlung passt folgerichtig nicht zur Verantwortung und Belastung. Nachweislich machen sich In kaum einem anderen Beruf der Druck auf körperliche Gesundheit und der nervliche Verschleiß so früh bemerkbar wie bei dieser Berufsgruppe.

Ganz zu schweigen davon, dass die Rahmenbedingungen kaum bis gar nicht passen: zu viele Kinder pro Gruppe, Mangel an PädagogInnen, die Anforderungen maßlos, die Ausbildung unadäquat.

Ganz offensichtlich ist den zuständigen PolitikerInnen aller Couleurs Bildung und Betreuung unserer Kinder nur in Sonntagsreden etwas wert, wenn von "Investitionen in die Zukunft" die Rede ist. Hauptsache es kostet nicht viel – und die (meist) Frauen tun ihre Arbeit, die ihnen in den Genen steckt („[Herz und Händchen](#)“ © Gemeindebundpräsident *Mödlhammer*).

Verwahrung statt frühkindliche Förderung - „Betreuungseinrichtung mit trägerspezifisch definierten pädagogischen Ambitionen“

Österreich ist im Umgang mit seinen Kleinkindern bestenfalls Mittelmaß. Uns genügt es offensichtlich weitgehend, wenn die Kinder beaufsichtigt werden – denn für Förderung reicht oft das dafür notwendige Personal nicht - Raum und Zeit sind meist auch nicht in ausreichendem Ausmaß vorhanden.

Was den MitarbeiterInnen nicht vorzuwerfen ist.

Solange KindergartenpädagogInnen unter den derzeit in jedem Bundesland unterschiedlichen, aber durchgehend unzureichenden Rahmenbedingungen (zu viele Kinder pro Gruppe, zu wenig PädagogInnen, zu wenig Vor- und Nachbereitungszeit, unzureichende Ausbildung, zu wenig Unterstützungspersonal z.B. für Kinder mit besonderen Bedürfnissen...) arbeiten, bleibt der Kindergarten „[Betreuungseinrichtung mit trägerspezifisch definierten pädagogischen Ambitionen](#)“.

Besoldungsreform

Große Unterschiede gibt es österreichweit bei den Gehältern der KindergartenpädagogInnen. Der Vergleich mit den künftigen Lehrerinnen- bzw. Lehrergehältern zeigt, dass selbst das höchste Einstiegsgehalt für KindergartenpädagogInnen in Niederösterreich mit € 2.186 Euro

nicht an das Gehalt für neu eintretende LehrerInnen, das € 2.420 Euro beträgt (Dienstrechts-Novelle 2013 - Lehrerdienstrecht Neu):

Bgld	Ktn	Tir	Stmk	Sbg	Wien	Vgb	OÖ	NÖ
€	€	€	€	€	€	€	€	€
1.735,70	1.741,23	1.882,00	1.899,60	1.921,60	2.055,87	2.055,87	2.128,70	2.186,34

Einstiegsgehälter der ElementarpädagogInnen im Bundesländervergleich (2014)

Die Zahlen für Kärnten, Salzburg und Steiermark beziehen sich auf Villach, Salzburg Stadt, Graz; Gehalt für 40 Stunden, Landes- bzw. Gemeindeganstellung Bruttobezüge – ohne diverse, unterschiedliche Zulagen; Daten verwendet für gruppenführende PädagogInnen.

In privaten Kinderbetreuungseinrichtungen kommen derzeit in ganz Österreich rund 40 unterschiedliche Gehaltsschemata zur Anwendung. In einigen Betrieben gilt der Mindestlohntarif für private Bildungseinrichtungen und in anderen – für HelferInnen - der Kollektivvertrag für den privaten Gesundheits- und Sozialbereich ("BAGS-KV"). Einige große private Träger vereinbaren das Gehalt per Betriebsvereinbarung.

Seit Jahren weisen der ÖDKH und die Plattform EduCare unermüdlich darauf hin, dass die institutionellen Einrichtungen mit immer mehr zusätzlichen Aufgaben überfrachtet werden, ohne dass die qualitativen Voraussetzungen und die Entlohnung stimmen.

§15a-Vereinbarungen, mehr Bürokratie und viele schöne Worte werden von den Verantwortlichen in Bund und Ländern geboten – sonst heißt es aber: „bitte warten“!

"Wir sind auch bereit über eine Reform der Besoldung zu sprechen", so Gemeindeganpräsident Mödlhammer. "Und dabei geht es nicht nur um die KindergartenpädagogInnen, sondern natürlich auch um die HelferInnen in den Betreuungseinrichtungen. Wir brauchen ein zeitgemäßes und faires Besoldungsschema, das den heutigen Arbeitsanforderungen entspricht", so Mödlhammer.

Wir freuen uns auf die Gespräche!

Mit dem landesgesetzlichen Fleckerlteppich und den verschiedenen Kollektivverträgen/Betriebsvereinbarungen muss endlich Schluss sein. Die hervorragende Arbeit, die KindergartenpädagogInnen und –assistentInnen/-helferInnen tagtäglich leisten, braucht entsprechende Rahmenbedingungen und angemessene bundeseinheitliche Bezahlung.

Ausbildungsreform

Dass der Kindergarten die erste und vor allem eine wichtige, wenn nicht die wichtigste Bildungseinrichtung und nicht bloß eine "Betreuungseinrichtung" ist, vergessen und verdrängen viele Politiker und Politikerinnen in Österreich gerne.

Lückenhafte Reform bei PädagogInnen-Ausbildung

Die lang ersehnte Reformierung sollte die [PädagogInnenbildungNEU](#) bringen, jedoch wurde diese im Bereich der Elementarpädagogik – trotz nachdrücklicher Forderungen in den Vorbereitungen - von der Politik zur Gänze ignoriert. Der vom Bildungs- und Wissenschaftsministerium gemeinsam eingerichtete Entwicklungsrat hat daher im Oktober 2012 angeregt, dass sich zur Umsetzung einer künftigen gemeinsamen Ausbildung aller PädagogInnen die mit LehrerInnenbildung befassten österreichischen Universitäten und Pädagogischen Hochschulen in Verbänden zusammenschließen sollten, was nun langsam umgesetzt wird – die Miteinbeziehungen der Elementarpädagogik hinkt aber – wohl hauptsächlich aufgrund der fehlenden finanziellen Mittel und dem fehlenden politischen Willen – darin leider immer noch nach.

Die derzeitige Ausbildungssituation ist unbefriedigend, weil sie nicht alle notwendigen Qualifikationen vermitteln kann und viele Absolventinnen bzw. Absolventen der BAKIPs sich nicht ausreichend auf den Beruf vorbereitet fühlten. „Wir sind mittlerweile eines der letzten

Länder in der EU, das trotz internationaler Empfehlungen keine verpflichtende Ausbildung auf tertiärem Niveau für die Elementarpädagoginnen und -pädagogen vorsieht. Daher braucht es einen Qualifizierungsschub auf allen Qualifikationsebenen und eine gestufte Professionalisierung im gesamten Berufsfeld. Wir stellen uns die BAKIP-Neu als „echte“ BMHS vor, die künftig pädagogische Fachkräfte ohne Berechtigung zur Gruppenführung ausbildet, eine bessere Ausbildung für Assistentinnen bzw. Assistenten und eine schrittweise Akademisierung für gruppenführende und leitende Funktionen sicherstellt,“ konkretisierte die [Industriellenvereinigung anlässlich der Präsentation ihres Konzeptes zur Elementarbildung](#) treffend.

Dieser Forderung haben sich u.a. auch die [Österreichischen Kinderfreunde](#) sowie die [Arbeiterkammer Wien](#) angeschlossen.

Die [Gewerkschaften GdG-KMSfB, GPA-djp und vida](#) haben dazu schon im März 2013 eine Forderung mit knapp 8.000 Unterschriften dem Parlament übergeben und dabei ausgeführt, dass derzeit „viele KollegInnen die Berufswahl einer Kinderpädagogin/eines Kindergartenpädagogen als bildungspolitische Sackgasse empfinden. Um das zu ändern und die bestmögliche Ausbildung zu gewährleisten, fordern wir eine Qualifizierung auf tertiärer Ebene unserer KindergartenpädagogInnen.“

Einheitliche Ausbildungsstandards sind auch für KindergartenassistentInnen und –helferInnen zu fordern – sie kämen sowohl den Kindern als auch den sie begleitenden Beschäftigten im Sinne einer besseren beruflichen Qualifizierung zugute.

Die in Privatinitiative eingerichteten akademischen Studiengänge zur Professionalisierung von Kindergarten- bzw. ElementarpädagogInnen unterstreichen die Notwendigkeit einer umfassenden Ausbildungsreform: im August 2014 wurde der erste „[MA-Universitätslehrgang für Elementarpädagogik](#)“ an der Universität Salzburg mit 25 Studierenden gestartet; seit Herbst 2014 besteht an der FH Campus Wien die Möglichkeit, ein BA-Studium „[Sozialmanagement in der Elementarpädagogik](#)“ zu absolvieren und im September 2014 hat - gemeinsam mit der Hochschule Koblenz - KIWI-Kinder in Wien den Studiengang [BABE+](#) (Bachelor of Arts: Bildung & Erziehung +) erstmals ausgeschrieben.

Dass die Fachtagung „[Wissenschaft trifft Praxis - 300 Tage akademische Ausbildung von KindergartenpädagogInnen](#)“ am 29. Juni 2015 an der Universität Salzburg unter der Patronanz von Bildungsministerin Heinisch-Hosek (SPÖ, Wissenschaftsminister Mitterlehner (ÖVP) und der Salzburger Landesrätin Berthold (GRÜNE) stattfindet und bei der [Sprecher aller Parlamentsparteien](#) an einer Podiumsdiskussion teilnehmen, lässt auf Änderungen hoffen...

Entflechtung der Zuständigkeiten unverzichtbar

„Die Strukturen und Bestimmungen in den einzelnen Ländern sind zu unübersichtlich – sie gleichen einem Fleckerlteppich. In den Kindergärten wird hervorragende Arbeit geleistet. Aber die Bedingungen sind schlichtweg unzumutbar – es herrscht Einsturzgefahr für das elementare Bildungssystem in Krippen, Kindergärten und Horten“ erklärt der Vorsitzende der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten – Kunst, Medien, Sport, freie Berufe (GdG-KMSfB), [Christian Meidlinger](#).

Im Juni 2012 gab es eine Protestaktion von der Berufsgruppe von Kindergarten- und HortpädagogInnen Wiens ([BKHW](#)) und der Vernetzungsgruppe der Wiener BetriebsrätInnen der privaten Kinderbetreuungseinrichtungen, unterstützt von der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier ([GPA-djp](#)) Wien – geändert hat sich bis heute leider nichts.



Die in der Plattform EduCare zusammengeschlossenen TrägerInnen-Einrichtungen und ExpertInnen sind überdies mehrfach an die politischen VerantwortungsträgerInnen herangetreten und



haben sie einerseits darauf aufmerksam gemacht, dass für alle elementaren Bildungseinrichtungen bundeseinheitliche Qualitätsstandards und Qualitätssicherungsmaßnahmen — basierend auf Inklusion, Diversität und Barrierefreiheit — erforderlich sind, die auch bundesweite Qualitätsstandards bezüglich Qualifikation aller im elementaren Bildungsbereich tätigen Personen miteinschließen, und andererseits einen detaillierten „[Entwurf eines Bundesrahmengesetzes für die elementaren Bildungseinrichtungen](#)“ vorgelegt.

Und obwohl

- im Regierungsbeschluss „[Strategie zum lebensbegleitenden Lernen LLL:2020](#)“ vom Juni 2011 die „Schaffung eines Bundesrahmengesetzes für Kindergärten als Basis für bundesweit gültige Standards“ gefordert wird und
- die [Sozialpartner](#) in mehreren Papieren die Ausarbeitung eines umfassenden nationalen Qualifikationsrahmen fordern,
- die [Parlamentarische Geschichte](#) mehrere Anträge von SPÖ („Kinderbetreuungs-Grundsatzgesetz“), GRÜNEN („Grundsatzkompetenz des Bundes für Kindergärten“) und NEOS („Änderung der Kompetenzlage im Bereich des Hort- und Kindergartenwesens und ehestmögliche Verabschiedung eines Bundesrahmengesetzes für elementarpädagogische Einrichtungen“) zu einem solchen Gesetz kennt, und obwohl
- bereits am 12.03.2008 ein [Ministerialentwurf](#) betreffend ein „Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz geändert und ein Zweites Bundesverfassungsrechtsbereinigungsgesetz erlassen wird“ vorgelegen hat

ist im Bundes-Verfassungs-Gesetz weiterhin unverändert geregelt, dass Gesetzgebung und Vollziehung für das Kindergartenwesen alleinige Landessache ist.

Die Regierung muss konkrete Schritte setzen

In den letzten 6 Jahren ist der Kindergarten in den Fokus bildungspolitischer Diskussionen geraten und die Regierung hat viele richtungsweisende Schritte eingeleitet. Der Weg muss aber zu Ende gegangen werden! Der Gesetzgeber ist dringend aufgerufen, derartige Rahmenrichtlinien zu erarbeiten, die den TrägerInnen-Einrichtungen die nötige Flexibilität lassen, um für die beste Kinderbildung und -betreuung zu sorgen und selbstverständlich darauf Rücksicht genommen wird, dass es große regionale Unterschiede geben kann.

- Wir brauchen von der gesamten Bundesregierung ein klares Bekenntnis zum Kindergarten als Bildungseinrichtung. Wir brauchen ein klares Bekenntnis zur Tertiärisierung der Ausbildung und zur Forschung in der elementaren Bildung.
- Dazu müssen konkrete Maßnahmen in Angriff genommen werden: das Bundesgesetz, das die Anstellungserfordernisse für das (Fach-)personal in Kindergärten festlegt, muss dahingehend geändert werden, dass unterschiedliche Ausbildungsabschlüsse für unterschiedliche Einsatzbereiche und Karrieremöglichkeiten vorgesehen sind.
- Parallel dazu müssen unterschiedliche Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung für die derzeit im Beruf stehenden KindergartenpädagogInnen geschaffen werden und die grundständige Ausbildung von ElementarpädagogInnen muss in die Reformmaßnahmen der PädagogInnenbildungNEU eingebunden werden.
- Die Bezahlung/Besoldung der MitarbeiterInnen muss vereinheitlicht und an die Bezüge der sonstigen PädagogInnen und MitarbeiterInnen in pädagogischen Einrichtungen angeglichen werden.
- Ein verpflichtender „Bundesländerübergreifender Strukturrahmenplan“ ist als

Sofortmaßnahme zu schaffen, damit der „Bundesländerübergreifende BildungsRahmenPlan“ überall adäquat umgesetzt werden kann.

Erst dann werden wir von der Elementarpädagogischen Community Aussagen von PolitikerInnen wieder Vertrauen schenken können.

Rückfragen bitte an:



Raphaela KELLER

Vorsitzende [ÖDKH - Österreichischer Berufsverband der Kindergarten- und HortpädagogInnen in elementaren bis zu sekundären Bildungseinrichtungen](#)

Vorsitzende [Berufsgruppe von Kindergarten- und HortpädagogInnen Wiens](#)

Mitglied der Steuergruppe der [Plattform EduCare](#)

Postadresse: Thaliastraße 130/12, 1160-Wien, ÖSTERREICH

Telefon: +43 (699) 19220503

Email: office@oedkh.at

Facebook: <https://www.facebook.com/oedkh>